



Parlament Wetzikon
Urs Gerber
Bahnhofstrasse 167
8622 Wetzikon

Wetzikon, 12. Mai 2026

Interpellation

Zeichen der Erinnerung in Wetzikon

Bis 1981 ordneten kommunale oder kantonale Behörden im Namen staatlicher Fürsorge Massnahmen wie Versorgung, Entmündigung, Fremdplatzierung oder Kindeswegnahme, Sterilisation resp. Kastration an. Diese wurden ohne gerichtliche Überprüfung und nicht aufgrund von Straftaten, aber unter Zwang gegenüber den Betroffenen durchgeführt.

Für viele Betroffene bedeuteten solche Eingriffe tiefe Einschnitte ins Leben. Familien wurden auseinandergerissen, Kinder fremdplatziert, oft wiederholt und über Generationen hinweg. Viele fühlten sich machtlos gegenüber den Behörden. Ihre Situation verbesserte sich selten. Stattdessen hatten die staatlichen Massnahmen oft negative körperliche und seelische Folgen.

Der Bund hat als Anerkennung und Wiedergutmachung des Unrechts, das den Opfern von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen in der Schweiz vor 1981 zugefügt worden ist, das Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZG) erlassen. Damit wurde die Verantwortlichkeit geklärt und den Opfern u.a. auf Antrag das Recht auf einen Solidaritätsbeitrag gewährt. Weitere Zahlungen an Opfer sind nicht vorgesehen.

Ergänzend hat der Kanton Zürich am 8. Dezember 2025 beschlossen, dass Opfer fürsorgerisch begründeter Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen mit einem Bezug zum Kanton Zürich einen Solidaritätsbeitrag erhalten sollen. Das gilt für alle Menschen, die vom Bund bereits einen Beitrag bekommen haben. Der Kreditantrag belief sich auf 20 Millionen CHF.

Zudem hat der Kanton Zürich ein Projekt namens "Zeichen der Erinnerung" ins Leben gerufen, um die Opfer von fürsorgerisch begründeten Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen (Details siehe [Home - Zeichen der Erinnerung im Kanton Zürich](#)) zu erinnern. Träger sind der Kanton sowie der Verband der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich GPVZH.

Dieses Projekt umfasst die Errichtung von Erinnerungspunkten, die Informationstafeln mit QR-Codes enthalten, die auf eine Website zugreifen lassen, um mehr über die Geschichten der Betroffenen zu erfahren. Die Tafeln befinden sich an verschiedenen Orten im Kanton Zürich und sind Teil eines breiteren Plans, um die Erinnerung an diese dunklen Kapitel der Geschichte zu bewahren und die öffentliche Diskussion über die Themen der Aufarbeitung und der Erinnerung zu fördern.

Mit fünf Gemeinden wurde 2024/2025 ein Pilotprojekt umgesetzt (Rheinau, Stäfa, Uster, Wald, Wettswil am Albis). Nun können sich weitere Gemeinden dem Projekt anschliessen. Die Recherchen in den jeweiligen Gemeindearchiven werden dabei von Historikern durchgeführt, die vom Kanton Zürich bezahlt werden.

Auch in Wetzikon wurden fürsorgliche Zwangsmassnahmen angeordnet. Zur Verwahrung von Personen wurde z.B. die private Verwahranstalt Pfrundweid an der Bachtelstrasse 68 für Frauen und gefährdete Mädchen geführt (siehe [Sonnweid – Wetzikipedia](#)).

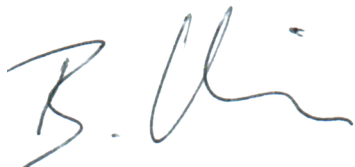
Deshalb stellen sich folgende Fragen an den Stadtrat:

1. Kennen die Mitglieder des Stadtrats das Projekt "Zeichen der Erinnerung"?
2. Hat der Stadtrat sich mit der Thematik bereits auseinandergesetzt?
3. Plant der Stadtrat, beim Projekt «Zeichen der Erinnerung» mitzumachen und in Wetzikon eigene Zeichen zu setzen?

Vielen Dank für die Beantwortung und beste Grüsse

SP/AW-Fraktion

Erstunterzeichnerin



Brigitte Meier Hitz
Parlamentarierin
Fraktionspräsidentin

Mitunterzeichner*innen:



Saamel Lohrer
Parlamentarier



Jonathan Assenbert
Parlamentarier



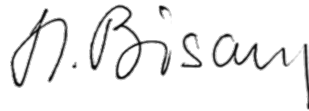
Robin Schwitter
Parlamentarier



Marco Müller
Parlamentarier



Christoph Wachter
Parlamentarier



Helen Bisang
Parlamentarierin



Daniela Oriet
Parlamentarierin